

SENIOREN UND INKLUSION

- Chronologie der gefassten Beschlüsse und Umsetzungsstand –

1. SENIOREN:

1a. Seniorenkonferenz

<p>➤ Beschluss des GA am 17.11.2017</p>	<p>Gründung einer selbstorganisierten Stadtseniorenvertretung - Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2017 - Vorlage: IX/0692</p> <p>u n d</p> <p>Einrichten einer Schwerter Seniorenkonferenz und die Stärkung der politischen Partizipation von Seniorinnen und Senioren im Generationenausschuss - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2017 - Vorlage: IX/0706</p> <p>Frau Schröder stellt den Antrag der SPD Drucks. Nr. IX/0692 „Gründung einer selbstorganisierten Stadtseniorenvertretung“ kurz vor.</p> <p>Im Anschluss stellt Herr Schrezenmaier den Antrag der CDU Drucks. Nr. IX/0706 „Einrichten einer Schwerter Seniorenkonferenz und die Stärkung der politischen Partizipation von Seniorinnen und Senioren im Generationenausschuss“ kurz vor.</p> <p>Frau Schröder erklärt, selbstorganisiert bedeute, dass sich alle Interessierten, in einer Stadtseniorenvertretung zusammenfinden und unzählige Möglichkeiten haben, ihre Bedürfnisse zu erarbeiten und weiterzutragen.</p> <p>Herr Streibel teilt mit, dass der Antrag der CDU der realistischere Antrag sei. Die Einrichtung einer Seniorenkonferenz werde von der Fraktion Die Grünen unterstützt.</p> <p>Nach eingehender Diskussion erklärt Herr Winkler, dass die ehrenamtlichen Bürgermeister nicht per Ausschussbeschluss verpflichtet werden können einzuladen. Dies sei Sache der Verwaltung. Wenn ein Gremium geschaffen werde, bedarf es auch einer Satzung, die vom Rat beschlossen werden müsse. Er schlägt vor, die Verwaltung wie folgt zu beauftragen:</p> <p>„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Belange der Senioren und vor dem Hintergrund der Anträge der Fraktionen ein entsprechendes Konzept im Generationenausschuss vorzulegen.“</p>
--	---

Herr Schrezenmaier erklärt, dass kein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden solle.

Herr Streibel führt aus, die Einrichtung einer Seniorenkonferenz sei der richtige Weg, er unterstütze den Antrag der CDU.

Frau Schröder teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag von Herrn Winkler zustimmen würde, unter der Berücksichtigung, dass beide Fraktionen ihren Antrag zurückziehen.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag nicht zurück.

Frau Dausend lässt über den SPD-Antrag Drucks. Nr. IX/0692 abstimmen.

Beschluss:

Die ehrenamtlichen Bürgermeister werden gebeten, zu einer Gründungsversammlung für eine selbstorganisierte Stadt seniorenvertretung einzuladen. Die Einladung soll sich an alle in Schwerte tätigen Organisationen und Einrichtungen richten, die in der Seniorenarbeit tätig sind. Personen, die sich für die Seniorenarbeit interessieren, sollen ebenfalls eingeladen werden.

Herr Haarmann stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimme/n: 6 Nein-Stimme/n: 9 Enthaltung/en: 0

Frau Dausend lässt über den Antrag der CDU Drucks. Nr. IX/0706 namentlich abstimmen:

Beschluss:

1.

Eine Schwerter Seniorenkonferenz soll beginnend im Jahr 2018 und hiernach jede zwei Jahre seitens der Verwaltung, ggf. unter wechselnder Beteiligung in der Ausrichtung von freien Trägern, eingerichtet werden. Dabei richtet sich die Seniorenkonferenz an alle in Schwerte Engagierten in Organisationen und

Einrichtungen, die in der Seniorenarbeit tätig sind und außerhalb dieser strukturellen Beteiligung an diejenigen, die an der Seniorenarbeit interessiert sind oder aufgrund ihrer Expertise zu Themen der jeweiligen

	<p>Schwerter Seniorenkonferenz beitragen können.</p> <p>2.</p> <p>Seniorinnen und Senioren, insbesondere denjenigen, die nicht bereits über die Zugehörigkeit zu Seniorenvertretungen der politischen Parteien hinaus Einfluss auf die im Rat der Stadt Schwerte vertretenen Ratsfraktionen nehmen können, soll die Möglichkeit der niederschweligen, politischen Partizipation im Generationenausschuss gegeben werden.</p> <p>Hierbei soll die Möglichkeit bestehen, solche Anliegen, die bereits über das Stadium reiner Ideen hinaus gediehen sind, postalisch oder über eine verwaltungsseits zu bestimmende Mailadresse, einzureichen. Darüber hinaus soll ein stets geführter Tagesordnungspunkt „Senioren“, wie der der Inklusion, dazu dienen die eingereichten Anliegen darzustellen und darüber hinaus dazu beizutragen, dass seniorenrelevante Punkte einen zuverlässigen Platz auf der Tagesordnung des Generationenausschusses erhalten.</p> <p>Mehrheitlich zugestimmt Ja-Stimme/n: 9 Nein-Stimme/n: 2 Enthaltung/en: 4</p>
<p>➤ Info im GA 19.04.2018</p>	<p>Herr Otte informiert darüber, dass sich um das Themenfeld „Senioren“ ab September 2018 eine neue Mitarbeiterin kümmern werde. Es handele sich bei der entsprechenden Stelle um eine Teilzeitstelle.</p> <p>Zudem verweist er auf den Beschluss des Generationenausschusses zur Einrichtung einer Seniorenkonferenz. Hierfür werde dem Protokoll der Grundsatzbeschluss (siehe Anlage 2 zum Original der Niederschrift) aus der Sitzung des Generationenausschusses vom 16.11.2017 beigelegt. Herr Otte schlägt vor, die Konferenz für das erste Quartal im Jahr 2019 anzusetzen.</p> <p>Die Vorsitzende Frau Dausend erklärt, sie sei sehr zufrieden mit diesem Vorschlag, ließe es allerdings offen, ob die Konferenz Anfang 2019 oder bereits Ende 2018 stattfinden solle.</p>
<p>➤ Info im GA 15.11.2018</p>	<p>Herr Otte berichtet, dass die vorgesehene Mitarbeiterin zur Verstärkung des Bereiches „Senioren“ wegen fehlender Kinderbetreuung nicht wie geplant ab Oktober 2018 zur Verfügung stehe. Ab Januar 2019 werde eine zusätzliche Verwaltungsmitarbeiterin in diesem Aufgabengebiet eingesetzt, sodass die anstehenden Aktivitäten im Bereich der Seniorenarbeit aufgenommen werden.</p>

1 b. Seniorenwegweiser

<p>➤ Beschluss des GA am 21.06..2018</p>	<p>Senioren- und Behindertenwegweiser Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2018, Vorlage: IX/0787</p> <p>Herr Schrezenmaier stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.</p> <p>Nach längerer Diskussion über Inhalt, Zielgruppen und Ausführungsorgan zieht die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.</p> <p>Vereinbart wird, die Sache bis zur Besetzung der Seniorenstelle im Bereich Teilhabe im Herbst 2018 zurückzustellen und den erwünschten Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen mit in den Aufgabenkatalog der neuen Kollegin zu übernehmen. Es sollen insbesondere der Familienatlas des Familienbündnisses sowie der aktuelle Seniorenwegweiser beachtet werden.</p>
---	--

2. INKLUSION:

<p>➤ Beschluss des Rates am 01.12.2010</p>	<p>Inklusionsplan SPD-Antrag vom 03.11.2010 Vorlage: VIII/0295</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Rat der Stadt Schwerte fordert die zuständigen Bereiche der Verwaltung auf, innerhalb der nächsten 18 Monate einen Inklusionsplan auszuarbeiten und der Öffentlichkeit und den politischen Gremien vorzulegen.</p> <p>Im Rahmen der Vorbereitung des Inklusionsplans soll Sachverstand aus Selbsthilfeorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und interessierten Bürgern der Stadt Schwerte als auch aus der Wissenschaft einbezogen werden. Die Ziele sollen in enger Abstimmung mit allen Interessierten entwickelt werden. Die Gründung einer Arbeitsgruppe ist vorzusehen.</p> <p>Die Arbeitsgruppe soll definieren, welche Themenfelder im Rahmen eines Inklusionsplans angesprochen werden müssen, hierzu können zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Barrierefreies Wohnen - Mobilität für Menschen mit Behinderungen - Soziale Leistungen und Förderung der Selbsthilfe - Ausbildung, Beruf und Arbeitsmarktchancen - Barrierefreiheit der Verwaltung und ihrer Serviceangebote - Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen in der Stadt Schwerte - Partizipation der Menschen mit Behinderung an für sie relevanten politischen Prozessen - Verankerung der Interessen von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung - Schulung und Wissensvermittlung hinsichtlich der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung - Integrative Betreuung und Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen <p>Ein Leitbild von Selbstbestimmung, Teilhabe und Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen soll die Bestandsaufnahme über ihre konkrete Lebenssituation, der vorhandenen Angebote und Hilfestrukturen bestimmen. Aufgrund dieser Bestandsaufnahme sollen Vorgaben definiert werden, in welchen Punkten Handlungsbedarf für Veränderungen und Verbesserungen besteht.</p>
---	--

	<p>Es soll sich möglichst um konkret umsetzbare Vorschläge handeln.</p> <p>Die Erstellung des Inklusionsplans soll in 18 Monaten abgeschlossen sein und dann baldmöglichst den Beschlussgremien zur Annahme vorgelegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch Dialogveranstaltungen einbezogen werden.</p> <p>Nach Erarbeitung des Inklusionsplans und Annahme durch den Rat soll eine regelmäßige (jährliche) Berichterstattung über die Umsetzung der in ihm enthaltenen Beschlussempfehlungen erfolgen. Zukünftige Fortschreibungen des Plans aufgrund aktueller Herausforderungen und veränderter Bedingungen sind ausdrücklich vorgesehen.</p> <p>Die Arbeitsgruppe soll eine Empfehlung hinsichtlich der Frage abgeben, ob die bisher vorhandenen Ressourcen innerhalb der Verwaltung dauerhaft zu einer Stelle für „Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ weiterentwickelt werden kann. Ziel ist es, eine Ämter übergreifende Koordination und Unterstützung bei der Umsetzung der im Inklusionsplan formulierten Handlungsempfehlungen und die Kommunikation zwischen Behindertenselbsthilfe und Verwaltung sicherzustellen. Hierzu ist eine Empfehlung an die politischen Gremien zu richten.</p> <p>Einstimmig beschlossen Ja-Stimme/n: 38 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0</p>
<p>➤ Beschluss des GA am 02.09.2014</p>	<p>Erste Lesung zum Inklusionsplan (Version 01.07.2014) Drucks. Nr. IX/ 0062</p> <p>Beschluss:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der von der AG Inklusion erstellte und mit der Verwaltung abgestimmte Inklusionsplan wird zur Kenntnis genommen. 2. Der Inklusionsplan wird in der nächsten Sitzung des Generationenausschusses weiter beraten. <p>Einstimmig beschlossen Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0</p>

<p>➤ Beschluss des GA am 24.02.2015</p>	<p>Zweite Lesung zum Inklusionsplan (Version 01.07.2014)</p> <p>Beschluss:</p> <p>1. Die Arbeitsgruppe Inklusion wird reaktiviert und durch Frau Steglich eingeladen, um eine Maßnahmenübersicht, wie von Frau Steglich vorgeschlagen, darzustellen.</p> <p>2. Dem Generationenausschuss wird nach den Sommerferien eine Kurzbeschreibung der Maßnahmen vorgestellt.</p> <p>Einstimmig beschlossen: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen</p>
<p>➤ Beschluss des GA am 01.09.2015</p>	<p>"Inklusion leben - Zukunft gestalten" Aktionsplan für Schwerte Vorlage: IX/0166 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Grünen, der WfS-Fraktion und der Fraktion Die Linke vom 20.08.2015 (Eingang 26.08.2015) Vorlage: IX/0257</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Aktionsplan für Schwerte „Inklusion leben – Zukunft gestalten“ wird als Rahmenempfehlung und Prozesspapier zur kontinuierlichen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Hierbei wird der Prozesscharakter des Inklusionsplanes in besonderer Weise hervorgehoben. Demnach wird dieser nicht als „ultima ratio“ – Plan verabschiedet, sondern soll als veränderliches Prozesspapier etwaigen gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Raum bieten und somit die Inklusion als gesellschaftlichen Prozess abbilden. Eine Priorisierung und Terminierung von Einzelmaßnahmen soll einen entsprechenden Handlungs- und Umsetzungserfolg ermöglichen. Über die Priorisierung und Umsetzung beschließt der Generationen-Ausschuss. Dazu wird das Thema Umsetzung des Inklusionsplanes bis auf weiteres als Tagesordnungspunkt aller regulären Generationenausschusssitzungen gesetzt und bei Bedarf beraten.</p> <p>Weiterhin ist die Unterstützung und Begleitung durch einen bzw. eine Inklusionsbeauftragte/n über Fördermittel-finanzierung von der Verwaltung zu prüfen und umzusetzen.</p> <p>Mehrheitlich beschlossen Ja-Stimme/n: 12 Nein-Stimme/n: 2 Enthaltung/en: 0</p>
<p>➤ Beschluss des GA am 14.04.2016</p>	<p>Erweiterter, aktualisierter Antrag zum Antrag IX/0220/13 vom 05.09.2015 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 29.03.2016 Vorlage: IX/0220/13/1</p>

	<p>Beschluss:</p> <p>1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter innerhalb der</p> <p>Verwaltung vorrangig als Inklusionsbeauftragte/r im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und deren Umsetzung beauftragt wird mit dem Ziel, einen Inklusionsbeauftragten oder eine Inklusionsbeauftragte zu installieren. Darüber hinaus möge die Verwaltung darlegen, in welchem Umfang eine Inklusionsbeauftragung in Schwerte möglich ist und dies im Generationenausschuss am 16.06.2016 darlegen.</p> <p>2. Die Verwaltung wird damit einhergehend beauftragt, in allen Beschlussvorlagen für den Rat und die Ausschüsse eine Standard-Formulierung zur Prüfung der Querschnittsaufgabe Inklusionsbelange vorzusehen (analog zur Querschnittsaufgabe Gleichstellungsbelange).</p> <p>Mehrheitlich beschlossen Ja-Stimme/n: 9 Nein-Stimme/n: 7 Enthaltung/en: 0</p>
--	--